

NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND.



Hochwasserschutz als gesamtstaatliche Aufgabe

Mehr Investitionen in Infrastruktur nötig

Starkregen, hohe Pegelstände, aufgeweichte Deiche. Die Hochwasserlage in Oldenburg und dem Umland war wochenlang angespannt. Jetzt gilt es, Lehren aus dem Extremhochwasser zu ziehen und Maßnahmen vorzubereiten, um künftig noch besser auf solche Ereignisse vorbereitet zu sein.

Klar ist schon jetzt: Wir müssen mehr in Infrastruktur investieren – nicht nur die Küste, auch das Küstenhinterland muss in den Fokus rücken. Das ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Das Hochwasserrisiko ist in den letzten Jahren massiv gestiegen. Wir sprechen nicht mehr von Jahrhundert-, sondern von Jahrzehnthochwassern. Ziel muss es sein, überregional wirkende Maßnahmen für einen vorsor-

genden Hochwasserschutz umzusetzen, um die Menschen bestmöglich zu schützen. Im Gespräch mit Sabine Lackner, Präsidentin der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), konnte ich mich über die Dringlichkeit austauschen, den Katastrophenschutz in Deutschland massiv zu stärken. Das ist eine langfristige Aufgabe, die Bund und Länder gleichermaßen betrifft. Hier werden wir gemeinsam eine Lösung finden müssen, die sich nicht an Parteigrenzen orientiert, sondern an dem, was für unser Land nötig ist.

Ein großer Dank geht an dieser Stelle an die vielen Einsatzkräfte und freiwilligen Helferinnen und Helfer, die durch ihr Handeln und Engagement den Betroffenen beistanden.

Moin!

Zunächst einmal wünsche ich euch allen ein frohes neues Jahr!

Die wohl wichtigste Botschaft in diesen ersten Tagen des Jahres lautet: Aufstehen, laut werden, dagegenhalten – für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und gegen Spaltung, Hass und Rassismus! Und genau das zeigen Hunderttausende, die in Deutschland auf die Straße gehen, eindrucksvoll.

Die Gefahr von rechts ist real. Die Correctiv-Recherche über das Geheimtreffen von Rechtsextremen und ihren Unterstützenden nahe Potsdam zeigt das in erschreckendem Ausmaß. Deshalb müssen wir gemeinsam als Gesellschaft für unsere Demokratie eintreten und uns klar positionieren: Wir stellen uns schützend vor alle, die von der AfD angegriffen werden. Nie wieder ist jetzt!

Wie gut wir als Gesellschaft zusammenhalten können, wenn es darauf ankommt, hat jüngst auch die extreme Hochwasserlage in unserer Region gezeigt. Mehr zum Thema Hochwasserschutz lest ihr im Artikel links. Einen Überblick, welche Neuerungen seit Beginn des Jahres gelten und worauf ihr euch 2024 einstellen könnt, findet ihr auf Seite 2.

Ever 10.15

Das ändert sich im Jahr 2024

Gesetzliche Neuregelungen und Änderungen im Überblick

Zum Jahreswechsel sind einige Neuerungen in Kraft getreten. Ein Kurzüberblick zu den wichtigsten Änderungen:

Höherer Grund- und Kinderfreibetrag: Der Grundfreibetrag bei der Einkommenssteuer steigt zum Jahresbeginn auf 11604 Euro. Ein höherer Grundfreibetrag führt in der Regel zu einer geringeren Lohnsteuer. Auch der Kinderfreibetrag steigt.

Höhere Mindestvergütung für Auszubildende: Auszubildende im ersten Lehrjahr erhalten seit Anfang Januar eine Mindestvergütung von 649 Euro. Das sind 134 Euro mehr im Vergleich zu 2020. Außerdem wird ab dem 1. April eine Ausbildungsgarantie festgesetzt.

Mehr Bürgergeld: Wer auf Bürgergeld angewiesen ist, bekommt 2024 deutlich mehr Geld. Die Bürgergeld-Regelsätze werden erhöht. Unter Berücksichtigung der Preiserhöhung erhalten Alleinstehende 61 Euro, Paare 55 Euro und Kinder, abhängig vom Alter, zwischen 39 und 51 Euro mehr. Zudem wird berufliche Qualifikation durch einen Weiterbildungsbonus gefördert.

Höherer Mindestlohn für Beschäftigte: Der gesetzliche Mindestlohn steigt von 12 Euro brutto pro Stunde auf 12,41 Euro. Mit der Anhebung des Mindestlohns steigt auch die Obergrenze für Minijobber. Wer im Minijob geringfügig beschäftigt ist, verdient monatlich bis zu 538 Euro. Dadurch wird sichergestellt, dass Mi-

nijobber ihre Arbeitszeit nicht kürzen müssen.

Mehr für Familien: Um Familien zu entlasten, erhöhen wir die Kinderkrankentage pro Kind und Elternteil von zehn auf 15 Tage. Für diese Tage erhalten beschäftigte Eltern Kinderkrankengeld. Außerdem gilt derzeit weiterhin, dass auch für Kinder eine telefonische Krankschreibung erfolgen kann, sofern den Ärztinnen und Ärzten das krankzuschreibende Kind persönlich bekannt ist.

Anhebung des Pflegegeldes: Seit 2024 sind Pflegegeld sowie ambulante Sachleistungsbeträge um 5 Prozent erhöht. Auch Pflegekassenzuschüsse an Pflegebedürftige in vollstationären Einrichtungen steigen an.

HINTER DEN KULISSEN

Wie läuft eigentlich eine BPA-Fahrt ab?

Bundespresseamt ermöglicht, Politik in Berlin mitzuerleben

Als Bundestagsabgeordneter habe ich die Möglichkeit, politisch Interessierte aus meinem Wahlkreis nach Berlin einzuladen. Wie so eine Fahrt abläuft, beschreibe ich euch exemplarisch anhand der letzten BPA-Fahrt.

Wir haben uns am Anreisetag morgens früh am Busbahnhof in Oldenburg getroffen. In Berlin angekommen, wurden wir vom Bundespresseamt empfangen. Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ging es direkt ins Paul-Löbe-Haus, wo ich die Gruppe begrüßen und sie durch die Liegenschaften des Bundestags führen durfte. Im Anschluss hatten wir Zeit für ausführliche Gespräche und Diskussionen. Bei Fahr-

ten, die ich nicht persönlich begrüßen kann, übernimmt mein Berliner Team Führung und Gespräch.

Am Folgetag standen ein Informationsgespräch im Bundesinnenministerium, ein Vortrag in der niedersächsischen Landesvertretung und ein Besuch bei der Gedenkstätte zur Berliner Mauer auf dem Programm. Mir ist wichtig, dass Teilnehmende ein möglichst breites Spektrum der Arbeit im Berliner Politikbetrieb erleben. Während wir bei jeder Fahrt ein anderes Ministerium besuchen, gehört der Besuch bei der Landesvertretung fest zum Programm. Der darauffolgende Tag startete mit einer Stadtrundfahrt durch Berlin. Nach

dem Mittagessen folgte ein Highlight: Die Teilnehmenden konnten eine Plenardebatte des Bundestags von der Besuchertribüne aus verfolgen. Auch außerhalb von Sitzungswochen dürfen die Gruppen auf die Besuchertribünen des Plenarsaals. Die Arbeit des Parlaments wird ihnen dann vom Besucherdienst durch einen Vortrag nähergebracht.

Bevor es mit dem Bus wieder zurückging, hatte mein Team noch eine Führung durch die Gedenkstätte des Stasi-Gefängnisses in Hohenschönhausen organisiert. Am frühen Abend kam die Besuchergruppe wohlbehalten wieder am Oldenburger Hauptbahnhof an.



9. Dezember – Nach Antragsberatungen und Wahlen: Die Delegation aus dem Bezirk Weser-Ems auf dem Bundesparteitag in Berlin.



12. Dezember – Besuch aus der Heimat. Im Gespräch mit Menschen aus Oldenburg und dem Ammerland über meine Arbeit in Berlin.



19. Dezember – Austausch mit politisch Interessierten auf der letzten BPA-Fahrt des Jahres: Mehr zu den BPA-Fahrten lest ihr auf Seite 2 unten.



21. Dezember – Auf Schloss Gödens in der Gemeinde Sande im Gespräch über Sanierungsmaßnahmen. Mehr dazu erfahrt ihr auf Seite 4 oben.

GESETZE

Gesundheitswesen zukunftssicher machen

Wir bringen die Digitalisierung im Gesundheitswesen voran

Im Bundestag haben wir im Dezember das sogenannte Digital-Gesetz verabschiedet. Ziel ist es, mithilfe digitaler Lösungen die Versorgung für Patientinnen und Patienten einfacher, besser und zukunftssicher machen.

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Digitalisierung im Gesundheitswesen ist das elektronische Rezept (E-Rezept). Es ersetzt das altbekannte rosa-farbene Rezept und ist seit dem 1. Januar für alle Ärztinnen und Ärzte verpflichtend, um verschreibungspflichtige Medikamente zu verordnen. Einlösen kann man das E-Rezept mit der elektronischen Gesundheitskarte, der E-Rezept-App oder einem Papiausdruck mit Code. Einen gro-

ßen Beitrag zur Digitalisierung leistet auch die elektronische Patientenakte (ePA). Sie befindet sich seit 2021 in der Testphase und wird 2025 verpflichtend eingeführt. In ihr werden alle vorhandenen Gesundheitsdaten wie etwa Röntgenbilder gespeichert, sodass alle relevanten Dokumente auf einen Blick sichtbar sind. Das vermeidet Mehrfachuntersuchungen und gewährleistet bessere Behandlungen. Der Zugang zur ePA kann eingeschränkt werden, sodass nur die Daten eingesehen werden können, die man preisgeben möchte.

Um insbesondere in ländlichen Gebieten eine gute Gesundheitsversorgung zu gewährleisten, stärken

wir die Telemedizin. Telemedizin bedeutet, dass die medizinische Versorgung mithilfe digitaler Medien aus der Ferne stattfinden kann. Weniger mobile Menschen können durch Videosprechstunden gut betreut und entlastet werden. Die Sicherheit der Daten steht dabei im Fokus: Sie wird durch die sogenannte Telematikinfrastruktur (TI) verwaltet. Diese wird von mehreren Prüfstellen wie dem Bundesamt für Sicherheit und Informationstechnik überprüft.

Unser Gesundheitssystem steht vor großen Herausforderungen. Mit dem Digital-Gesetz schaffen wir moderne Strukturen, die unsere Versorgung in Zukunft sichern können.



Schloss Gödens plant aufwendige Dachsanierung

Unterwegs im Wahlkreis von Siemtje Möller

Kürzlich habe ich gemeinsam mit meiner Kollegin Siemtje Möller MdB einen besonderen Ort besucht: Schloss Gödens in der Gemeinde Sande. Das barocke Wasserschloss aus dem 17. Jahrhundert zählt bei uns im Nordwesten zu den schönsten seiner Art und ist besonders für seine Landpartien und seinen wertvoll ausgestatteten Barocksaal weit über die lokalen Grenzen hinaus bekannt. Um das geschichtsträchtige Gebäude und das herrschaftliche Anwesen zu erhalten, ist in den letzten Jahren viel passiert. Erhaltenswürdige Bauwerke wie etwa das Mausoleum oder auch das beeindruckende Eingangstor wurden in-

standgesetzt. Als nächstes Großprojekt ist die Dachsanierung geplant. Bei der aufwendigen Maßnahme soll unter anderem die Dacheindeckung aus Schiefer erneuert, beschädigte Sparren repariert und die Blitzableiter-Anlage wieder in Gang gebracht werden. Allein die Einrüstung des von der Gracht umschlossenen Gebäudes stellt dabei eine große Herausforderung dar. Auch die enge Zuwegung birgt Schwierigkeiten. Gemeinsam haben wir uns über die technische Dringlichkeit der Restaurierung, die Bedeutung des Schlosses für die Öffentlichkeit sowie passende Förderkulissen ausgetauscht.

Besuch einer 10. Klasse der Oberschule Alexanderstraße

Politik im Austausch greifbarer machen

Wie geht es im Nahost-Konflikt weiter? Wie können wir uns den zunehmenden Angriffen auf unsere Demokratie entgegenstellen? Und welche Aufgaben hat eigentlich eine Fraktion? Über diese und viele weitere Fragen habe ich mit Schülerinnen und Schülern der Oberschule Alexanderstraße diskutiert.

Den Oldenburgerinnen und Oldenburgern des 10. Jahrgangs steht ihre Abschlussfahrt nach Berlin bevor. Im Vorfeld ihres Besuchs ging es darum,

Bundespolitik im Allgemeinen und das Geschehen im politischen Berlin im Speziellen greifbarer zu machen. Der direkte Austausch mit jungen Menschen ist mir wichtig, auch schon, bevor sie bei Wahlen selbst politisch mitbestimmen dürfen. Vielen Dank für den regen Austausch!

Wenn ihr mich ebenfalls mit eurer Klasse in Berlin besuchen wollt oder an einem Schulbesuch interessiert seid, wendet euch gerne per E-Mail an dennis.rohde@bundestag.de.

Wir suchen kreative Ideen, die zeigen, wie junge Menschen in ihrem Lebensumfeld Antisemitismus, Rassismus und Feindlichkeit gegenüber Jüdinnen und Juden begegnen. Ich bin davon überzeugt, dass eine langfristige und nachhaltige Bekämpfung von Antisemitismus nur durch interreligiösen und interkulturellen Austausch möglich ist.

Mit dem **Otto-Wels-Preis für Demokratie** zeichnen wir in der SPD-Bundestagsfraktion junge Menschen mit kreativen Ideen und Engagement aus, jeder Art von Antisemitismus entgegenzutreten.

Teilnehmen können Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 16 und 20 Jahren. Sie können Einzel- oder Gruppenarbeiten einreichen. Die Wettbewerbsausschreibung und das Teilnahmeformular sind unter **www.spdfraktion.de/ottowelspreis** abrufbar. Einsendeschluss ist Freitag, der **16. Februar 2024**.

Die Preisträgerinnen und Preisträger laden wir nach Berlin ein. Den ausgezeichneten Beiträgen winken attraktive Geldpreise.

**DIREKT GEWÄHLT -
DIREKT ANSPRECHBAR!**

Berliner Büro

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 227 72 800
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Huntestraße 23, 26135 Oldenburg
Telefon 0441 99 86 76 01
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

www.dennisrohde.de
facebook.com/dennis.rohde
instagram.com/dennis_rohde